

AHV

Ein schleichender Rückzug des Staates von der AHV?

Text Derya Kesci, deryakesci@gmail.com



Die Altersvorsorge ist die wichtigste soziale Einrichtung überhaupt, die älteren Menschen ein würdiges Leben sichern soll. Weil der Staat sparen muss, hat die Regierung auch hier bereits Massnahmen vorgeschlagen, wie der Staatsbeitrag reduziert werden kann.

Es lohnt sich, genau hinzuschauen und Gegensteuer zu geben, damit der soziale Charakter dieser Institution nicht der Sparwut zum Opfer fällt. Der Regierungsvorschlag, die 13. Monatsrente – das Weihnachtsgeld – zu streichen, würde viele PensionistInnen hart treffen, vor allem jene 60 Prozent, die keine Rente haben und nur von der AHV leben müssen. Die Freie Liste schlägt vor, die gesamte Vermögenssituation einer Person anzuschauen und weiterhin allen, die diese Rente

zum Leben und Überleben brauchen, die 13. Monatsrente auszuzahlen. Genau hingeschaut werden muss auch beim Regierungsvorschlag, das Rentenalter um ein Jahr zu erhöhen. Es kann nicht sein, dass jemand, der körperlich hart gearbeitet hat, bald länger arbeiten muss. Für jemand, der einen klassischen Büro Job verrichtet, sieht dies anders aus. Ein flexibler Eintritt in die Pension muss geprüft werden.

Aber es gibt begleitend noch einige andere Probleme zu lösen: Die Realität ist nicht so, dass alle bis zum Pensionsalter arbeiten können. Menschen über 50 haben schlicht auf dem Arbeitsmarkt kaum mehr Chancen. Es braucht eine neue Arbeits- und Alterskultur – eine Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit. Die Politik muss für Arbeitnehmende über 50 und gering verdienende Frauen Verantwortung übernehmen und nicht nur an Stellschrauben drehen.

Die von der Regierung momentan vorgeschlagene Anhebung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge an die AHV um 0.15 Prozent sind moderat. **Es besteht aber die Gefahr, dass sich der Staat irgendwann ganz aus der Finanzierung der AHV zurückzieht.**

Die Regierung signalisiert bereits, dass sie Steuererhöhungen nicht der AHV überweisen möchte. Anders der Bundesrat in der Schweiz: Er erhöht die Mehrwertsteuer und möchte die neuen Steuereinnahmen gezielt für die AHV verwenden. Die Liechtensteiner Regierung lehnt eine zweckgebundene Nutzung kategorisch ab. Warum eigentlich? Muss sie mit dem Geld andere Löcher stopfen? Etwa jene, die durch eine einseitige, zu wirtschaftsfreundliche Politik entstanden sind? ■